Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 3026

Antrag

der Fraktion der SPD

betr. Umsiedlung.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird beauftragt, dem Deutschen Bundestag bis zum 1. April 1952 den Entwurf eines Gesetzes, das die Umsiedlung der Flüchtlinge und Evakuierten in Verbindung mit der Schaffung von Dauerarbeitsplätzen und dem Wohnungsneubau im Jahre 1952 im möglichst großen Ausmaße sicherstellen soll, vorzulegen.

Dieses Gesetz soll über die für die Flüchtlingsumsiedlung, den sozialen Wohnungsbau und die Existenzbeschaffung im Haushalt vorgesehenen Mittel hinaus,

weitere 500 Millionen DM

für den Wohnungsbau und

weitere 500 Millionen DM

für die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen bereitstellen.

Aufbringung der Mittel:

A) Wohnungsbau

Zur Förderung des Wohnungsbaues für Flüchtlinge und Evakuierte soll durch Gesetz eine Abgabe vom Entgelt für Überstundenleistungen festgesetzt werden, die vom Arbeitgeber zu entrichten ist, und nicht auf den Arbeitnehmer abgewälzt werden darf.

B) Investition zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen

Zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen für Heimatvertriebene und Evakuierte sollen die Investitionsmittel durch Gesetz den Reserven der Arbeitsverwaltung als Darlehen entnommen werden.

Bonn, den 23. Januar 1952

Ollenhauer und Fraktion

Druck: Peter Meier, Buisdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 38
und Wiesbaden, Nietzschestr. 1